

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Hauptausschusses der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 19. September 2019**  
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender

Stadträte/innen: Bachmann-Ade  
Bernnat  
Glattacker (als Vertretung Krämer)  
Gohn  
Dr. Hengelage  
Herzog (bis 20.30 Uhr)  
Höfler  
Kirchner (als Vertretung Sommer)  
Kurfeß  
Lusche  
Müller  
Dr. Reinhardt-Albiez  
Salinas de Huber  
Schlecht  
Simon  
Wernthaler (als Vertretung Dr. Oursin)

Entschuldigt: Krämer, Dr. Oursin, Sommer

Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger  
Fachbereichsleiter Dr. Bukow (bis 19.10 Uhr)  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac  
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 19.10 Uhr)  
Stellv. Fachbereichsleiterin Raupp (bis 19.50 Uhr)  
Herr Dieterle (bis 19.10 Uhr)

Urkundspersonen: Stadträtin Bachmann-Ade und Stadtrat Wernthaler

Schriftführung: Frau Heinze

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.45 Uhr

## **TOP 1**

### **Sachstand Digitalisierung der Lörracher Schulen**

**Vorlage: 069/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Fachbereichsleiter Dr. Bukow erläutert den durchgängigen pädagogischen Ansatz der Digitalisierung im Schulbereich. Hier bedürfe es entsprechender technischer, personeller und finanzieller Ausstattung. Bislang gebe es keine zentrale Beschaffung oder Standards für die Lörracher Schulen. Die Stadt wolle hier koordinieren und harmonisieren. Mit allen Schulen sollen Ziele erarbeitet werden. Er veranschaulicht den Beteiligungsprozess und die Zeitplanung. Aufgrund der Fördermittelkonditionen stehe man unter Zeitdruck. Daher wolle man den angestoßenen Prozess schnellstmöglich angehen.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Knakrügge aus der Zuhörerschaft das Wort. Dieser fragt nach der Anwendung des Vier-Phasen-Modells und danach, wer die Harmonisierung des Medienentwicklungsplanes vornehmen werde. Zudem spricht er die Einbindung des Jugendparlaments an und erkundigt sich nach der Besetzung der AG Schulbau.

Der Vorsitzende antwortet hierauf, dass es sich um eine Fachplanung handle und daher das Beteiligungsmodell nicht greife. Im Prozess werden Schul- und Politikvertreter sowie sachkundige Personen eingebunden. Ein Jugendparlament existiere gegenwärtig nicht.

Stadträtin Kurfeß unterstützt das städtische Handeln und die frühzeitige Einbindung der Schulen. Der Einsatz neuer Medien sei zu begrüßen. Die städtische Aufgabe sieht sie in der Schaffung der Infrastruktur. Für die EDV-Betreuung vor Ort seien vermutlich mehrere Stellen bei der Stadt erforderlich. Die Jugendlichen könnten über die Schulen in den Prozess eingebunden werden.

Stadtrat Lusche sorgt sich, ob der gesamte Prozess gestemmt werden könne. Ggf. müssten einzelne Prioritäten für die Förderkulisse herausgefiltert werden. In der schulscharfen Förderung sieht er Konfliktpotential und fragt, ob es nicht zentrale Vorgaben bspw. des Landes gebe, so dass nicht alles von jeder Kommune selbst entwickelt werden müsse.

Stadtrat Bernnat pflichtet dem bei. Hierbei handle es sich wieder um eine neue, gewaltige Aufgabe für die Kommunen und Schulen und das Land ziehe sich aus der Verantwortung. Er erkundigt sich, wer die Kosten für das zusätzliche Personal tragen werde.

Auch Stadträtin Herzog sieht im Vorhaben eine gewaltige Aufgabe. Sie ist überrascht, dass in den Schulen bereits viele Geräte vorhanden seien.

Stadtrat Gohn berichtet über seine Arbeit und Erfahrungen als Lehrer. Das beschriebene Vorgehen halte er für einen guten Weg, bei dem die Lehrkräfte mitgenommen werden müssen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass mit der Aufgabe eine neue Belastung auf die Stadt zukomme und die Kritik am Land berechtigt sei.

Stadtrat Müller schlägt die Einbindung von Schülern und die Anerkennung oder Bescheinigung dieser Arbeit vor.

Fachbereichsleiter Dr. Bukow nimmt zu den Wortmeldungen Stellung. Er bestätigt, dass die Stadt Ziele setzen müsse, um die Komplexität der Thematik zu reduzieren. Im Hauptausschuss im Oktober solle ein Bericht anhand eines Praxisbeispiels erfolgen.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Verwaltung wird mit der Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie der Lörracher Schulen beauftragt. Dafür führt die Verwaltung einen Beteiligungsprozess in 2020 durch. Die Strategie soll 2021 vom Gemeinderat beschlossen werden.
2. Die Fördermitteltranchen von Bund und Land werden nicht schulscharf ausgeschüttet, sondern strategisch für Gesamtvorhaben eingesetzt.

## **TOP 2**

### **Änderung der Grundschulbezirksgrenzen der Hebelschule, Fridolinschule, Grundschule Salzert und Neumattschule zum Schuljahr 2020/21**

**Vorlage: 145/2019**

Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage.

Stadtrat Wernthaler hält es für wichtig, die Neumattschule zu stabilisieren und die Fridolinschule zu entlasten. Er spricht die unterschiedlichen Betreuungsangebote an den Schulen an.

Stadträtin Höfler findet die Anpassung überfällig. Diese sollte ca. alle fünf Jahre vorgenommen werden.

Stadtrat Bernnat schließt sich dem an. Er merkt an, dass es der Wille gewesen sei, dass die Eltern frei zwischen den Betreuungsmodellen wählen können.

Auch Stadträtin Herzog hält eine regelmäßige Anpassung der Grundschulbezirksgrenzen für sinnvoll. Sie zeigt sich bereits hinsichtlich des Ortsteils Brombach skeptisch.

Stadtrat Gohn stimmt der Vorlage zu.

Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald erklärt, dass die Neumattschule und die Fridolinschule in Ganztagsform betrieben werden und daher keine Nachteile für die Eltern und Schüler in den neu zugeordneten Bereichen entstehen werden. Die Grundschule Salzert sei eine verbindliche Ganztagschule; ein Schulbezirkswechsel sei auf Antrag möglich.

Der Vorsitzende merkt an, dass sich die Inanspruchnahme der Betreuungsangebote gut eingespielt habe.

Sodann stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Änderung der Schulbezirksgrenzen für die Hebelschule, Fridolinschule, Grundschule Salzert und Neumattschule zum Schuljahr 2020/21 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Grenzverlauf und die Schülerzahlentwicklung aller weiteren Grundschulbezirke unter Einbeziehung von Neubaugebieten zu prüfen und bei Notwendigkeit Korrekturen vorzunehmen.

### **TOP 3**

#### **Sachstandsbericht Erinnerungskultur**

#### **Unter besonderer Berücksichtigung der erinnerungskulturellen Aufarbeitung zur Zeit des Nationalsozialismus in Lörrach**

#### **Vorlage: 137/2019**

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Stellv. Fachbereichsleiterin Raupp erläutert die Beschlussvorlage. Versehentlich habe man die Richtlinien zur Verlegung von Stolpersteinen nicht der Vorlage beigefügt. Die Anlage werde man nachreichen.

Stadträtin Reinhardt-Albiez begrüßt den Prozess und das sensible Vorgehen bei der Aufarbeitung der Erinnerungskultur. Die Sitzungstermine freitags Nachmittag halte sie für die Einbindung der Bürgerschaft von Nachteil. Die Schulen sollten weiterhin zur Beteiligung ermutigt werden. Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, auch der Opfergruppe der Homosexuellen gerecht zu werden. Den Neuen Markt halte sie als zentralen Gedenkort für gut vorstellbar. Zudem sollten strittige Denkmale in den Kontext gestellt und angegangen werden.

Stadtrat Lusche lobt die gelungene Vorlage angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen und Meinungen zu den Themen. Er geht zustimmend auf die einzelnen Beschlussziffern ein und halte es für richtig, sich Zeit für ein fundiertes Vorgehen zu nehmen.

Stadtrat Bernnat schließt sich dem an. Er merkt an, dass der Prozess offen gewesen sei und durch die Terminfestlegung der Arbeitssitzungen keine Gruppe an der Beteiligung gehindert wurde. Er werde persönliche die Idee der Stolpersteine unterstützen.

Stadtrat Schlecht erinnert in diesem Zusammenhang an den SPD-Antrag zum Umgang mit NS-Ehrenbürgern und Straßennamen. Er spricht sich gegen die Stolpersteine aus, da diese keine ehrenvolle Erinnerungskultur darstellen würden, und beantragt die separate Abstimmung über die Beschlussziffer 3.

Stadtrat Müller erachtet es als wichtig, bei der Erinnerungskultur auch die positiven Beispiele der Geschichte zu erwähnen. Des Weiteren sei der Bezug zu heute wichtig, bspw. die Auseinandersetzung mit dem jüdischen Leben in Lörrach und Antisemitismus.

Der Vorsitzende geht auf die Wortmeldungen ein. Man plane keine angestaubten Veranstaltungen und müsse sich der Geschichte stellen. Hierbei könne man das Eine tun und das Andere nicht lassen. Ein realistischer Zeitplan sei wichtig. Er persönlich befürworte die Stolpersteine.

Stellv. Fachbereichsleiterin Raupp betont, dass alle Fraktionen weiterhin zu den Arbeitsgruppensitzungen eingeladen werden. Da sich die AG mehrheitlich für die Stolpersteine ausgesprochen habe, habe man diese in den Beschlussvorschlag aufgenommen.

Stadtrat Dr. Hengelage merkt hinsichtlich der einzelnen Bedenken zu den Stolpersteinen an, dass man auch in einigen Kirchen über Grabplatten laufe.

Hierauf stellt der Vorsitzende die Beschlussziffern getrennt zu Abstimmung.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Gemeinderat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Berufung einer Findungskommission für einen zentralen Gedenkort an die Opfer des Nationalsozialismus in Lörrach
4. Der Gemeinderat stimmt der Veröffentlichung der Forschungen von Dr. Robert Neisen zur Geschichte des Nationalsozialismus in den Ortsteilen Brombach, Haagen und Hauingen in Form eines Lörracher Heftes und den damit verbundenen Kosten in Höhe von 14.500,- Euro zu. Dieser Beschluss gilt vorbehaltlich der Haushaltsberatungen im Dezember 2019

Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgender Beschlussfassung zu:

3. Der Gemeinderat stimmt den Richtlinien zur Verlegung von Stolpersteinen in Lörrach und dem darin festgelegten Verfahren (Beirat) zu.

#### **TOP 4**

#### **Umwidmung und Erhöhung Projektzuschuss Tempus fugit e.V.**

**Vorlage: 140/2019**

Stellv. Fachbereichsleiterin Raupp erläutert das Anliegen der Beschlussvorlage.

Der Vorsitzende merkt ergänzend an, dass die Entscheidung für die Absicherung von Tempus fugit wichtig sei.

Stadträtin Kurfeß begrüßt den guten Vorschlag.

Stadträtin Höfler teilt mit, dass man über die Beschlussziffer 2 erst in der Fraktionssitzung diskutieren müsse.

Stadträtin Herzog sieht dies entsprechend.

Stadtrat Bernnat erkundigt sich, ob Zeitdruck in der Sache bestehe, da Zuschusserhöhungen gewöhnlich in der Haushaltsplanberatung behandelt würden.

Der Vorsitzende entgegnet, dass ein Signal an das Land hinsichtlich des Landeshaushalts geboten sei.

Stadtrat Gohn erklärt seine Zustimmung.

Stadtrat Lusche stört sich ebenfalls an der Vorabfestlegung vor der Haushaltsplanberatung.

Stadtrat Müller fragt nach, ob die Beschlussformulierung ergänzt werden könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass er zu der jetzigen Beschlussvorlage stehe und verzichtet auf die formale Abstimmung der Vorberatung.

## **TOP 5**

### **Straßenplanung Zentralklinikum**

#### **Vorlage: 170/2019**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und teilt mit, dass die Radwegeführung im Ausschuss für Umwelt und Technik zu einer Diskussion geführt habe.

Stadtrat Lusche weist darauf hin, dass der Hauptausschuss sich lediglich den finanziellen Aspekten widmen und keine Paralleldiskussion zum Ausschuss für Umwelt und Technik geführt werden sollte.

Der Vorsitzende bestätigt den Verzicht auf eine fachliche Diskussion, gleichwohl sei eine kurze Darstellung als Input sinnvoll.

Stadtrat Schlecht teilt mit, dass sich der Ortschaftsrat Hauingen für eine Tunnellösung im Bereich L138-Entenbad bzw. Unterführung ausgesprochen habe.

Sodann führt Fachbereichsleiter Dullisch in das Vorhaben ein. Es sei ein Geh- und Radweg mit einer Breite von 3 Metern vorgesehen. Bei allen bisherigen Vorstellungen sei die Planung nicht beanstandet worden. Da man sich nun im Planfeststellungsverfahren be-

finde, seien Änderungen nur mit Zeitverlust möglich. Er geht auf das vorhandene Radwegenetz ein.

Der Vorsitzende stellt dar, dass der Bau einer Unterführung in die Planfeststellung eingreifen würde. Bei einem Zeitverlust kämen Kosten von monatlich 900.000 EUR auf die Stadt zu.

Fachbereichsleiter Dullisch begründet die voraussichtlichen Mehrkosten mit der Aufarbeitung und Entsorgung des belasteten Bodenmaterials der Straße, dem Hochwasserschutz sowie der Radwegbeleuchtung. Die Stadt habe die Übernahme der Kosten der Straßenverlegung zugesagt, da das Land zugesagt habe, die Stadt beim 3. Bauabschnitt nicht an den Kosten zu beteiligen. Die Stadt Lörrach hätte ab einem gewissen Verkehrsaufkommen in der Schopfheimer Straße sich an den Kosten beteiligen müssen und dieses hätte eine Beteiligung von 2,8 bis 4,2 Mio. EUR bedeutet.

Der Vorsitzende merkt an, dass man mit dem Land intensiv über die Straßenverlegung verhandelt habe.

Stadträtin Kurfeß zeigt sich verwundert über die permanenten Kostenerhöhungen bei Vorhaben der Stadt. Da der Vertrag und Zeitplan des Zentralklinikums von der Verlegung der L138 abhängen, könne sich die Stadt keine Verzögerung erlauben. Vorbehaltlich der Behandlung in der Fraktionssitzung stimme sie der Vorlage zu.

Stadtrat Lusche ärgert sich über die Höhe der Mehrkosten. Das Thema der Altlasten hätte früher untersucht werden müssen. Er zweifle an der Glaubwürdigkeit der Kostenangaben in den Vorlagen, auf die sich der Rat jedoch verlassen müsse.

Stadtrat Schlecht bedauert, dass sich das Land oder Regierungspräsidium nicht an den Mehrkosten beteilige. Die Straßenverlegung sei wichtig und ein Aufschub nicht möglich. Den breiteren und kombinierten Rad- und Gehweg halte er für gut. Er sieht ein, dass die Planung einer Unterführung unrealistisch sei.

Stadträtin Herzog erwähnt, dass zeitnah auch der kreuzungsfreie Anschluss für Brombach wünschenswert sei.

Der Vorsitzende geht auf die Wortmeldungen ein und äußert Verständnis für die Frustration. Er versichert jedoch, dass eine ordentliche Altlastenuntersuchung im Vorfeld erfolgt sei. Man könne nicht von einer Fehlplanung sprechen. Die Kosten wären auch bei einer noch intensiveren Untersuchung entstanden. Aufgrund der noch ausstehenden Fraktionssitzungen verzichtet er auf eine Abstimmung.

## TOP 6

### **Kostenerhöhung Wohnanlage Neumatt-Brunnwasser**

#### **Vorlage: 101/2019**

Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac begründet die Kostensteigerung.

Stadträtin Kurfeß hält es für ärgerlich, gleichwohl müsse man zustimmen.

Stadtrat Lusche missfällt, dass man den Entscheidungsgrundlagen nicht vertrauen könne. Er verweist auf den Grundsatz der Haushaltswahrheit und -klarheit.

Stadtrat Müller schließt sich dem an. Er fragt, ob man sich schon Gedanken hinsichtlich des Abbaus der Anlage gemacht habe.

Auch Stadtrat Simon stört sich daran, dass der Sachverhalt erst im Nachgang vorgelegt werde.

Der Vorsitzende bittet um eine differenzierte Betrachtung, da es sich um unterschiedliche Aspekte handle. Des Weiteren spricht er die Arbeitssituation im Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement an und, dass man künftig Kostensteigerungen durch einen Zuschlag in Vorhaben einrechnen werde.

Hierauf fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Kostenerhöhung des Projekts „Anschlussunterkunft Neumatt-Brunnwasser“ von 4,9 Mio. € um 370.000 € auf 5,27 Mio. € wird genehmigt.
2. Die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 170.000 € wird genehmigt. Die Finanzierungsmittel werden wie in der Begründung dargestellt bereitgestellt
3. Die nach der Kostenberechnung für den Rückbau der Anlage benötigten Mittel von 200.000 € sind im Finanzplan auszuweisen und im Haushalt 2021 bereitzustellen.
4. Der Erhöhung der vom OR Haagen genehmigten Auftragssumme der Firma Knobel Bau GmbH, Hartheim, von 385.848,50 € um 228.255,80 € auf 614.104,30 € wird zugestimmt.
5. Der Erhöhung der vom GR genehmigten Auftragssumme der Firma VariaHome, Wangen, von 4.050.000 € um 121.282,84 € auf 4.171.282,84 € wird zugestimmt.

## TOP 7

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **7.1**

Der Vorsitzende wirbt für die Teilnahme am bevorstehenden Tag der Demokratie am 21. September 2019.



**TOP 8**  
**Allgemeine Anfragen**

keine

**TOP 9**  
**Offenlegungen**

Der Hauptausschuss nimmt von nachstehender Offenlegung Kenntnis:

9.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 9. Juli 2019

**Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: